

Berliner Tageblatt

Nr. 219

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

England gegen die Gewalt Herrschaft im Saarrevier.

Der Völkerverbund „ein Werkzeug Frankreichs“.

Die „schwere Pflichtenverpflichtung des Völkerverbundes“.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 11. Mai.

Der liberale Sir John Simon hat sich ein Verdienst erworben, indem er gestern im Unterhause die Aufmerksamkeit der Welt auf die ungläublichen Zustände gelenkt hat, die unter der angeblichen Völkerverbundsherrschaft an der Saar herrschen. Mit diesen Zuständen beschäftigt sich heute fast die gesamte Morgenpresse. Die „Times“ führen in einem Leitartikel aus: Das kleine deutsche Land an der Grenze Lothringens sei das einzige Stück Erde, für dessen Verwaltung der Völkerverbund unmittelbar verantwortlich sei. Es hätten Anzeichen vorgelegen, daß dort nicht alles zum Besten gehe. In der Tat habe Sir John Simon gestern das außerordentlichste Geheiß erteilt, das gewiß nicht mit den Grundgesetzen übereinstimme, auf denen der Völkerverbund aufgebaut sei. Die Saarregierung habe den Streit im Saargebiet als Ausfluß des passiven Widerstandes an der Ruhr bezeichnet. Das beanstandete Geheiß wolle daher die Wirkung der deutschen Propaganda im Ruhrgebiet besänftigen. Wenn dem so sei, führen „Times“ aus, so habe der Völkerverbund, der doch über allen nationalen Zwistigkeiten stehen soll, Partei in dem bitteren Kampfe im Ruhrgebiet ergriffen. Dann aber sei die ganze Episode ein Zeugniss dafür, wie schlapp der Völkerverbund arbeite. Die „Times“ schreiben weiter, sie haben niemals mit der „Äußersten Ansicht“ übereingestimmt, daß der ganze Völkerverbund nur ein Deckmantel sei, unter dem gewisse Mächte selbsttätige Absichten verfolgten. Aber im Saargebiet habe sich der Völkerverbund einer schweren Pflichtverpflichtung schuldig gemacht. Die „Times“ unterstützen den Antrag, unverzüglich den Völkerverbund einzulösen, der die Verwaltung der Saar reformieren und seine eigene Autorität wiederherstellen solle. Dagegen sei es höchst unpraktisch, den Völkerverbund mit der Lösung der Ruhrfrage oder der Reparationsfrage zu betrauen. Auch „Daily News“ geben zu, daß leider mit allzuviel Verechtigung die Ansicht verbreitet worden sei, daß der Völkerverbund von Frankreich als Werkzeug benutzt werde. Es sei wesentlich, daß dieser Verdacht von allen bestritten werde. In diesem Zusammenhang führt „Daily Chronicle“ an, daß die Franzosen dem Völkerverbund zunächst sehr feind gegenüber gestanden hätten. Nach den Erfahrungen in Oberschlesien aber hätten sie jetzt entdeckt, daß sie den Völkerverbund zu ihren eigenen Absichten benutzen könnten. Die „platonische Würdevollheit“ der Verurteilung der Saarregierung spreche für sich selbst. Das Jarentum habe in seinen schlimmsten Zeiten die Freiheit des Denkens und Sprechens nicht mehr bedroht. Dies sei ein schwerer Schlag für das Prestige des Völkerverbundes, mit dem es zu Ende sein werde, wenn die Welt ihn nur als Agenten „einer Macht“ betrachten würde. Die englische Regierung müsse daher eine besondere Stellung des Völkerverbundes einberufen, um das Geheiß rückgängig zu machen. Auch der „Daily Express“, der sonst für außerordentlich Angelegenheiten kein Wort übrig hat, spricht heute von den demütigenden Angriffen von John Simon auf ein allerdings außerordentliches Geheiß.

In der Karikatur zeigt das Blatt die Köpfe der englischen Vertreter in Genf, Lord Biddell und Lord Robert Cecil unter einer

Glasstoppel mit der Ueberschrift: „Berühren verboten.“ Die Begründung, die Lord Biddell für sein Verhalten in Genf gegeben hat, wird von der „Westminster Gazette“ als höchst unbefriedigend bezeichnet. Dies sei weniger eine Verteidigung als eine Entschuldigung für seinen Mangel an Tatkraft. Es sei sehr zu bedauern, daß England in der Saarkommission durch einen Minister vertreten worden sei, der nicht stark genug gewesen sei, um den Völkerverbund vor der Lächerlichkeit zu bewahren. Der „Daily Telegraph“ geht, daß die „erstmalige Verordnung“ der Saarregierung auch nicht einen einzigen Verteidiger im Unterhause gefunden habe. In der Tat sei es unmöglich, ein Wort für dieses Geheiß zu finden. Das habe auch der Unterstaatssekretär Mac Neill zugeben müssen.

Die „Westminster Gazette“ kommt im weiteren Verlauf ihres mit „Saar und Ruhr“ überschriebenen Beitrages auf den Krupp-Prozess und das von dem französischen Kriegsminister verkündete Todesurteil zu sprechen. Die Franzosen gingen in der Ruhr vor, wie die Deutschen während des Krieges in Belgien (?). Das Vorgehen der Deutschen habe eine harte Entregung in der ganzen zivilisierten Welt erregt. Nun ließen die Franzosen Gefahr, den gleichen Entregungsakt gegen sich selbst herbeizuführen. Dadurch würde eine Sympathie für Deutschland bei den Völkern erweckt, die sonst hierzu nicht geneigt seien. England könne den Franzosen seine Erfahrungen in Irland als warnendes Beispiel vorkommen, wohin eine Regierung von einer unterdrückten Bevölkerung getrieben werden konnte.

Die Kosten für die Ruhrbesetzung.

Nur 231 Millionen?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. Mai.

Die Finanzkommission der Kommer hat ihren Bericht über die Forderungen für die Ruhrbesetzung verlesen lassen. Die Höhe der verlangten Kredite für die Zeit vom Januar bis zum 31. Mai beträgt 231 511 874 francs, eine Summe, die zwar ziemlich hoch ist, aber wahrscheinlich hinter der Wirklichkeit stark zurückbleibt. Die ratierten Rechnungsfälle dieses Mutterberichtes müßten sorgfältig nachgeprüft werden, um einige Klarheit in die Verhältnisse zu bringen. Aber der Schluss des Schriftstückes entfällt die verteilte Mahnung, nicht genau nachzurechnen und die Forderungen zu bewilligen. Es wird gesagt: Durch welche Mittel am wirksamsten die deutschen Zahlungen erreicht und die Reparationen gelöst werden könnten, dann müßte heute das ganze Problem der äußeren Politik Frankreichs, und in besonderen die Beziehungen zu dem schmerzlichen Feinde und den Verbündeten aufgerollt werden. Es ist nicht die Aufgabe der Finanzkommission, diese Unternehmung anzulegen und eine Lösung vorzuschlagen. Es ist jetzt keine Zeit mehr dazu, die Systeme gegeneinander abzuwägen. Die Aktion ist seit mehreren Monaten im Gange, und auch wer eine andere Lösung vorgezogen hätte, muß jetzt einsehen, daß es nicht möglich ist, die von den Ministern getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen. Ein solcher Entschluß könnte Folgen haben, welche weit über das Zahlungsproblem hinausgehen.

Der Mord in Lausanne.

J. S. Wenn sich die Nachrichten aus Lausanne bestätigen, so ist die Mordtat an dem Führer der russischen Sowjetdelegation in Lausanne dem Kreise der sogenannten schweizerischen Faschisten entsprungen. Das ist eine in der Öffentlichkeit bisher wenig hervorgetretene Gruppe, die sich die Bekämpfung der gemäßigten, vor allen Dingen aber der kommunistischen Form des Sozialismus nach dem Muster der italienischen „Schwarzhenden“ zur Aufgabe gesetzt hat. In diesen Kreisen herrschte in der jüngsten Zeit offenbar eine vermehrte Erregung im Zusammenhang mit dem Konflikt, der sich zwischen Sowjetrussland, vertreten durch den ermordeten Borowitsch, und dem schweizerischen Bundesrat wegen der Beteiligung Russlands an der Lausanner Konferenz entsponnen hat. Bekanntlich hat die Schweiz jüngst einem diplomatischen Kurier der Moskauer Regierung die Einreiseerlaubnis verweigert, da Russland zu der zweiten Lausanner Konferenz überhaupt nicht ordnungsgemäß zugelassen sei. Borowitsch bekämpfte damals in einer öffentlichen Erklärung den Standpunkt des Schweizer Bundesrates aufs heftigste. Noch gestern, wenige Stunden vor seiner Ermordung hat er einem Vertreter des B. T. B. gegenüber sich über den Konflikt, der noch nicht zur Entscheidung gebracht ist, ausführlich ausgelassen und betont, daß er keine Veranlassung habe, von Lausanne abzureisen, weil die Meerengenfrage auf der zweiten Orientkonferenz nicht mehr zur Erörterung steht.

Den Standpunkt des Schweizer Bundesrates, der sich demjenigen der alliierten Mächte anschließt, wonach Russlands Interesse an den Verhandlungen der zweiten Konferenz durch die Meerengenfrage begrenzt sei, stellt er die Behauptung gegenüber, daß Russland als der nächste Nachbar der Türkei, die seine Verbindungen mit dem Mittelmeere sichern, an allen Fragen des nahen Orients als lebhaftester interessiert sei. Es sei selbstverständlich, daß die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Lebensbedingungen der neuen Türkei Russland in hohem Maße angehen. Aus diesem Grunde müßte die Sowjetregierung den größten Wert darauf legen, durch ihren Delegierten häufig über alle Einzelheiten der Verhandlungen unterrichtet zu werden. Die Weigerung Russlands, sich zur Unterzeichnung des Meerengenabkommens der ersten Konferenz zu verpflichten, berechtige nicht zu seinem Ausschluss von der zweiten Konferenz. Die Natur der Probleme, mit denen sich diese befaßte, gebe vielmehr Russland ein weit größeres Recht zur Beteiligung, als vielen anderen Staaten, die zu dieser Konferenz zugelassen worden sind. Die öffentliche Meinung der Schweiz hatte über den Konflikt, dessen schließliche Lösung auf diplomatischem Wege wohl wahrscheinlich schien, keine besondere Erregung gezeigt; die schweizerische faschistische Liga hatte sich indessen zunächst vorgesezt, durch Demonstrationen die Abreise der russischen Delegation, welche die schweizerische Gastfreundschaft in Anspruch nahm, zu erzwingen. Es kann kein Zweifel sein, daß sie durch die Mordtat, die sie verübte, als diese Strafenkündigungen vor Borowitsch Hotel nichts fruchteten, den Zwischenschritt nicht beendeten, sondern nur noch weiter vorwärtsschreiten mußten und den schweizerischen Bundesrat in eine noch unangenehmere Lage bringen muß, als vorher.

Es hat ihrem Vaterlande einen ebenso schledchten Dienst erwiesen, als der Sache der Bekämpfung des Kommunismus und auch den alliierten Mächten selbst; denn es ist selbstverständlich, daß die Sympathie der öffentlichen Meinung der ganzen Welt in einem Konflikt, der mit so schändlichen Mitteln zum Austrag gebracht werden soll, sich immer dem das Unrecht der Gewalt erzielenden Teile zuwendet. Diese menschliche Empfindung bleibt selbst dann bestehen, wenn es sich um Abgesandte einer Partei handelt, die die Anwendung der Gewalt und den Terror zum grundsätzlichen Mittel ihrer Machtausübung gemacht hat. Im vorliegenden Falle schon darum, weil der Faschismus, für den sich die Schweizer Mörderbande begeistert, in diesem Punkte um kein Haar besser ist, als jene.

Die Politik Sowjetrusslands verliert in Waslaw Waslawowitsch Borowitsch einen ihrer befähigsten Vertreter. Man erkannte schon frühzeitig seine besonderen diplomatischen Talente und schickte ihn schon kurz nach Aufbruch der bolschewistischen Herrschaft als diplomatischen Bevollmächtigten (und vor allem auch Chef der in Westeuropa zu betreibenden Propaganda) nach Stockholm. Er entsprach dort durchaus den Erwartungen, die in ihn gesetzt wurden, und die Folgen seiner propagandistischen Tätigkeit waren in der darauffolgenden Zeit überall in Mitteleuropa, vor allem auch in Deutschland und auch in Skandinavien zu hören. Auf seinem Stockholmer Posten verließ Borowitsch volle zwei Jahre. Mit seiner diplomatischen und propagandistischen Wirksamkeit verband er auch eine intensive und geschickte Tätigkeit im Interesse der Entwicklung der russischen Handelsbeziehungen. Er verlag große in die Millionen gehende Bestellungen an die schwedische Industrie. Schließlich aber verwickelte er sich doch infolge zahlreicher politischer Zwischenfälle, die die ungenierte bolschewistische Propaganda auf schwedischem Boden hervorgerufen hatten, die Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und dem damaligen schwedischen Kabinett so, daß diese Handelsverbindungen ohne praktisches Ergebnis wieder abgerissen und im weiteren Verlaufe auch die diplomatischen Beziehungen zwischen Schweden und Russland abgebrochen wurden. Im Januar 1919 verließ Borowitsch die schwedische Hauptstadt und kehrte nach Moskau zurück. Im darauffolgenden Jahre wurde er als russischer Vertreter, nominell an der Spitze der russischen Handelsdelegation, nach Rom geschickt, wo er eine gewandte und den Interessen der Moskauer Politik durchaus förderliche Tätigkeit entfaltete. Während seiner Wirksamkeit in Rom machte sich in Italien, wie in vielen andern Ländern des Westens, in lebendig Handelsbeziehungen mit der Sowjetrepublik zu gelangen und zum eigenen Nutzen in intensiver Weise an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligt zu

Ermordung des russischen Delegierten in Lausanne.

Der Hergang des Mordfalls.

Zwei Sekretäre schwer verletzt

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. Mai.

Der russische Bevollmächtigte Borowitsch ist ermordet worden. Er wurde gestern abend 9 Uhr 20 Minuten im Hotel Cecil, wo die russische Delegation wohnt, beim Abendessen durch einen Revolverbeschuss ins Genick erschossen. Seine Begleiter, der Pressechef Ahrens und der Sekretär Diwiltowski, wurden jeder durch mehrere Schüsse verletzt, Diwiltowski ziemlich schwer. Ahrens dagegen befindet sich außer Lebensgefahr.

Ueber die Ermordung Borowitschs bringt der „Reit Parisien“ sehr genaue Mitteilungen. Borowitsch wußte, daß die Nationale Liga der Zwei, die in mancher Beziehung mit der faschistischen Organisation Ähnlichkeit hat, seine Abreise aus Lausanne wünschte. Am Sonntag hatten sich Abgesandte der Liga im Hotel „Cecil“, wo Borowitsch wohnte, eingefunden und den Delegierten zu sprechen versucht. Sie wurden von dem Sekretär Borowitschs Ahrens empfangen, dem sie erklärten, die russische Delegation müßte Lausanne sofort verlassen, wenn nicht ernste Dinge sich ereignen sollten. Ahrens antwortete, daß der Delegierte der Sowjetrepublik von seiner eigenen russischen Regierung Aufträge dieser Art zu empfangen habe und daß er sich um die Deutung nicht kümmern würde. Aber die Russen hätten seit ihrem Besuch nur noch bewaffnet aus. Sie glaubten, daß die schweizer Nationalisten den Versuch machen würden, sie gewaltsam in einem Motorboot fortzuschaffen und waren entschlossen, Widerstand zu leisten. Die Abreise Borowitschs war im übrigen für die nächsten Tage beabsichtigt. Gestern abend sah Borowitsch im Speiseaal des Hotels „Cecil“ an seinem Tisch mit den Sekretären Ahrens und Diwiltowski. Zwei Tische weiter saß ein junger, gutaussehender Mann, der nach der Schilderung der Berichterstatter wie ein früherer Offizier ausah. Er hatte bereits gegessen und trank mehrere

Kognaks hintereinander, von denen er jedes Glas einzeln bezahlte. Der Saal war sonst leer. Die Kellner begannen schon die Tische abzuräumen.

Um 9 Uhr 25 Minuten — der Oberkellner hatte die Zeit notiert — stand der Fremde ruhig auf, zog einen Revolver aus der Tasche und gab acht Schüsse auf den Tisch der Russen ab. Borowitsch war von drei Kugeln in den Kopf getroffen und sank tot zurück. Er blieb starr auf seinem Stuhl liegen, nur Kopf und Arme konnten nach vornwärts. Ahrens und Diwiltowski waren aufgesprungen, wurden aber gleichfalls getroffen. Ahrens erhielt eine Wunde am Bein, und einen Streifenschuß, der andere Sekretär Diwiltowski zwei Schüsse in den Bauch, die ihn schwer verletzten. Ahrens wollte, um Boden liegend, einen Schuß auf den Mörder abgeben, doch wurde ihm die Waffe von den Kellnern entwendet. Der Mörder hatte keinen Fluchtversuch gemacht, er war nur in den Hintergrund des Saales getreten und sagte dem Oberkellner: Rufen Sie die Polizei! Er wurde vom Hotelpersonal in ein Zimmer gebracht, wo er bis zum Eintreffen der Polizisten ruhig wartete. Als er dann abgeführt wurde, die Hände vor der Brust gefesselt, hatte sein Gesicht nach der Schilderung des französischen Berichterstatters einen zufriedenen, beinahe lächelnden Ausdruck. Bei der Vernehmung erklärte der Mörder, daß er Conradi heiße, aus Graubünden stamme und lange in Russland gelebt habe. Er stehe in keiner Verbindung mit der Nationalen Liga, sondern habe auf die Russen geschossen, um eine persönliche Rache auszuführen. Sein Vater und sein Onkel seien von den Bolschewisten gemartert und getötet worden. Nach anderen Meldungen ist Conradi Offizier in der russischen Armee gewesen. Der Sekretär Ahrens, der trotz seiner Verwundung den französischen Journalisten empfangen erklärte: „Ich klage die Schweizer Regierung an, daß sie an diesem Mord mitschuldig ist. Sie hat trotz der wiederholt ausgesprochenen Drohungen keinen Versuch gemacht, uns zu schützen.“

(Siehe auch Seite 2.)

werden, geltend. Ob auch die Regierungen in Italien wechselten und schließlich der sozialistenfeindliche Faschismus das konstitutionelle Leben absichtete — dieser Gesichtspunkt blieb für alle, auch für Mussolini, maßgebend, und Borowitsch konnte die de facto-Anerkennung durch Italien als Erfolg seiner Mission buchen und klug und zäh, gleich seinen Kollegen, in anderen Hauptstädten, für das Moskauer Gendjei, die de jure-Anerkennung weiterkämpfen. Wie erinnerlich, war er von der Sowjetregierung auch als Mitglied der russischen Delegation nach Genoa entsandt worden, wo sein interessantes, volbartgeschmücktes Gelehrtenhaupt mit dem goldenen Kneifer neben der ersten Kämpferphysiognomie Schichtcherins viel Interesse erweckte.

Borowitsch gehörte nicht mehr zu den jugendlichen russischen Revolutionären. Er ist 51 Jahre alt geworden. Von polnischer Herkunft, war er 1872 in Moskau geboren, wo er bereits als Student der Technischen Hochschule an der revolutionären Bewegung teilnahm. Er war, wie sich aus den später veröffentlichten Akten der Moskauer Delegation erwies, eines der eifrigsten Mitglieder des polnischen revolutionären Kolo. Die Polizei warf frühzeitig ein Auge auf ihn und er war wiederholt zu längerem unfreiwilligen Aufenthalt in den Gouvernements Wolodga und Orel gezwungen. Während, sowohl aus Petersburg, als aus Moskau ausgewiesen, floh er Ende der neunziger Jahre nach dem Auslande und nahm im Jahre 1903 an dem Kongress der sozialdemokratischen Partei Russlands teil, auf dem sich die Spaltung in Bolschewisten und Menschewisten vollzog. Nach der ersten Revolution im Jahre 1905 kehrte er nach Russland zurück, sah sich aber bald durch das Stärkerwerden der Reaktion zu neuer Flucht nach Finnland gezwungen. Während seines ganzen Exils entwickelte er eine rege literarische Tätigkeit. Er ist der Verfasser der besten Uebersetzung des kommunistischen Manifestes ins Russische und einer Reihe vielbeachteter Schriften zur Geschichte des Marxismus. Im Jahre 1905 abermals nach Russland zurückgekehrt, wurde er nach dem Gouvernement Wjatka verbannt, trat dann als bolschewistischer Agitator in Odesa auf, scheidete aber kurz vor dem Weltkrieg nach mehrfacher gerichtlicher Verfolgung und abermaliger Verweisung nach Wolodga nach Schweden über, wo er eine Anstellung als Ingenieur annahm. Hier war es, wo ihn seine Beteiligung in den Kreisen der Vorkämpfer des Sozialismus um die Anerkennung bei den europäischen Mächten erreichte.

Bevorstehender russischer Protest.

Der erste Eindruck in Berliner russischen Kreisen.

Die russische Botschaft in Berlin hat zum Zeichen der Trauer aus Anlaß des Todes der offizielle rote Trautzug auf Halbmaße gehiebt. Die Botschaft hat die ersten Nachrichten über das Attentat in Kaufman heute Nacht auf telegraphischem Wege erhalten, da sich der Verkehr zwischen der russischen Delegation in Lausanne und der Regierung in Moskau stets dem Wege über Berlin vollzieht. Die Nachrichten, die der Berliner Botschaft heute bis zur zweiten Mittagsstunde aus Lausanne vorlagen, bringen keine weiteren Einzelheiten über das hinaus, was bereits aus den Presse-meldungen bekannt ist. Die Auffassung in den Kreisen der Botschaft geht einmütig dahin, daß die russische Regierung eine außerordentlich scharfe Protestnote an die Schweizer Regierung richten werde. Da auch ein Protest an das Generalsekretariat der Konferenz in Kaufman ergehen wird, steht noch nicht fest. Man betrachtet in den Kreisen der russischen Diplomatie in Berlin das Attentat in Kaufman als eine unmittelbare Folge der seit kurzem vollzogenen Wendung der englischen Politik gegenüber Russland, und ist der Auffassung, daß die gefürchtete Mordtat nicht gerade für den Erfolg dieser Politik dienlich sein werde. Darüber, daß Verbindungen zwischen den Mördern und den reaktionären faschistischen Kreisen in der Schweiz, die ihrerseits im dauernden Kontakt mit den russischen reaktionären Kreisen stehen, existieren, besteht in den Berliner Kreisen keinerlei Zweifel. Der verhaftete Mörder entstammt einer Familie schweizerischen Ursprungs, die vor langen Jahren als Kon-

ditoren nach Petersburg eingewandert ist und deren Name dort allen Einwohnern wohl bekannt ist.

Ueberfall auf Cail্লাux.

Ein royalistisches Attentat.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. Mai.
Cail্লাux wurde gestern in Toulouse von einer Bande royalistischer Jünglinge unter Führung des Advokaten Cebolot überfallen und durch Stockschläge übel zugerichtet.

Neue heftige Angriffe Poincarés gegen Deutschland.

„Frankreich hat keine Lust, sich den Sieg entwenden zu lassen.“
„Die deutsche Vertragsverletzung.“
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. Mai.
Der Ministerpräsident Poincaré hat gestern in der letzten Sitzung des Kongresses „Alle Soldaten“ in Vichy eine Rede über die Ruhr-Expedition gehalten, die er der Kammer bisher schuldig geblieben ist. Poincaré redet gern über politische Angelegenheiten, aber nur dann, wenn er erwarten darf, daß ihm niemand widerspricht oder niemand inidiotische Fragen stellt. Die Rede von gestern gehört nicht zu seinen großen, oratorischen Leistungen. Sie wiederholt die bekannnten nationalpolitischen Phrasen und macht am Schluß, wenn nach der Tradition von dem Frieden der Zukunft gesprochen wird, einen ziemlich gemäßigten und unsicheren Eindruck. Nach den einleitenden Worten über die Lapercheit der alten Soldaten zeigt der Ministerpräsident die „Schwierigkeit der Aufgabe“, die noch zu erledigen sei. „Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, den Sieg zu gewinnen, sondern es handelt sich darum, ihn gegen dunkle Anschläge zu verteidigen und ihn den Einwirkungen ephemerischer politischer Bestrebungen zu entziehen. Frankreich erkennt die Lage und hat seine Lust, sich den Sieg entwenden zu lassen. Ihr seid die Hüter des Landes gewesen, und jetzt wollt ihr auch die Hüter des Sieges sein.“

Nach diesen Sätzen, die sich wahrscheinlich auf die englische Politik beziehen sollen — so werden sie wenigstens von einigen Zeitungen gedeutet — kommt die übliche Schilderung der „deutschen Vertragsverletzung“, die Frankreich dazu gebracht habe, „das reichste Gebiet Deutschlands, das Hauptquartier einer erregten und einer mächtigen Industrie als Pfand zu befehlen.“ In dieser Rede ist nur ein Satz interessant, der ein Traumbekanntnis Poincarés zu dem Präsidenten Millerand sein soll. Der Ministerpräsident sagt: „Als es deutlich geworden war, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen nicht erfüllt hat, haben die Minister und Mitglieder der Regierung, die sich um den höchsten Beamten der Republik scharen, den Beschluß gefaßt, sich ein Pfand zu sichern.“ Wenn der Präsident Millerand heute früh dieses lokale Wort liest, wird er wahrscheinlich gelächelt haben. Er kennt Poincaré. Die Rede kommt nun auf den passiven Widerstand Deutschlands. „Die Reichsregierung hat sofort begriffen, daß unser Vorgehen Erfolg haben müsse, wenn es uns gelingen würde, nur einige Monate auszuhalten. Sie hatte gehofft, daß die Franzosen nicht mehr genug Fähigkeit besäßen, um ihr Ziel mit Geduld weiter zu verfolgen und alle Mittel in Anwendung gebracht, um uns zu ermüden, die Meinung der Welt zu verwirren, unsere Haltung zu verkleinern, und eine Intervention herbeizuführen. In der Hoffnung, zu ihrem Ziel zu gelangen, hat sie das Gold der Reichsbank geopfert, ihr Devisen verstreut, den Kurs der Mark unterstüßt. (1) Sie hat sich auf diese Weise einer baldigen Katastrophe ausgesetzt, und als sie in ihrer eigenen Falle sich verloren fühlte, hat sie durch trügerische Vorschläge ein verzweifeltes Mittel versucht, um dem Unglück, das ihr Stolz und ihr Wahnsinn vorbereitet hatte, zu entgehen. Sie hat aber in diesen Vorschlägen ihre Gefährlichkeit allzuweit getrieben und dadurch ihre wahren Absichten der Welt verraten. Sie hat gezeigt, daß sie keine anderen Absichten hat, als den Versailler Vertrag aufzuheben, sich von ihren Verpflichtungen zu befreien und in einer gewissen Zeit die wirtschaftliche und militärische Revanche Deutschlands

zu erreichen. In dem moralischen Pakt, den wir geschlossen haben, hängt es von uns und unseren belagerten Freunden ab, ob dieser bald zu unserem Vorteil durchgeführt wird. Noch etwas Geduld, noch etwas Selbstvertrauen, und wir haben einen gerechten und lokalen Frieden.“

Vor der englischen Antwort.

Frankzösische Darstellungen des angeblichen Inhalts der Note.
Das englisch-italienische Einvernehmen.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. Mai.
Wie die Haus-Agentur aus London mitteilt, ist die englische Antwort fertig und wird heute den verbündeten Regierungen mitgeteilt werden. Morgen (Sonntag) wird die Note der deutschen Regierung übermittelt werden. Die französische Agentur sagt über den Inhalt: Das Dokument ist kurz, es umfaßt nur drei bis vier Seiten. Es ist, wie gesagt, in zersetzten Ausdrücken gehalten und hat den erwarteten Sinn. Die englische Regierung sagt Deutschland, daß sie über die Vorschläge überfallen worden sei und daß sie billige. Was Deutschland angeblich habe, sei „für Frankreich völlig unannehmbar“. Die Note enthält weiter die Bemerkung, daß England erst dann intervenieren könne, wenn Deutschland ein besseres Angebot mache. Von der Frage der Sicherheit scheint die englische Note nichts zu erwähnen.

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß diese Information den französischen Bureau entkammt, und daß diese Darstellungen gewöhnlich tendenziös gefärbt sind. Der „Temps“ meldet aus London, daß die englische und italienische Antwort nicht den gleichen Wortlaut, aber den gleichen Gehalt haben würden. Sie würden beide das Vorangebot als zu niedrig und die vorgeschlagenen Garantien als allzu unbekümmert bezeichnen. Der Ton werde sehr trocken sein und das deutsche Volk merken lassen (bezeichnet der „Temps“), daß sein Vorschlag weder faktisch noch klug gewesen sei. Dessenungeachtet aber werde die englische Regierung dem Kaiser dafür danken, daß er der Anregung Lord Curzons entsprochen habe. Die deutsche Regierung werde aufgefordert werden, ein neues Angebot zu machen, das sich dem von Frankreich verlangten Minimum anpasse. Die italienische Antwort wird, nach der gleichen Zeitung, kurz sein und die französische Ablehnung für gerechtfertigt erklären. Sie werde Deutschland einladen, neue Vorschläge zu machen. Italien werde zu gleicher Zeit erklären, daß es besser gewesen wäre, daß die Alliierten eine gemeinsame Antwort gegeben hätten, daß aber die italienische Regierung keine Gelegenheit vorübergehen lassen wolle. Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten herbeizuführen.

Zu diesen Meldungen des „Temps“, die tendenziös redigiert sind, finden sich einige Ergänzungen im „Actif Parisien“ und im „Echo de Paris“. Aus beiden Blättern ist zu entnehmen, daß die englische und italienische Regierung sich über ihre Antworten ins Einvernehmen geeinigt haben, und daß die gemeinsame Absicht dahin gehe, die Verhandlungen nicht aufzugeben, sondern Deutschland zu neuen Vorschlägen zu veranlassen. England wünsche (nach denselben Berichten) eine Kaufschillinge zwischen 40 und 50 Milliarden Goldmark als bares Angebot, also einen Betrag, der sich dem englischen Januarplan anlehnt. Beide Länder wollen angeblich eine Konferenz zustande bringen, an der auch die Vereinigten Staaten teilnehmen sollen. Es ist die Uebergangung des „Actif Parisien“, daß Frankreich und Belgien sich diesen Plan widersetzen werden, solange Deutschland den passiven Widerstand fortsetzt und solange es nicht mit der staatsrechtlichen Räumung einverstanden ist. Das „Echo de Paris“ hofft, daß Mussolini, der in der äußeren Politik noch nicht seine Richtlinien gefunden habe, von dem Senator Constantini, dem Generalsekretär des italienischen Außenministeriums in London, „auf den rechten Weg — den Weg nach Frankreich — gewiesen werde“. Bertinot spricht aber doch zugleich die Befürchtung aus, daß Italien sich immer mehr nach England orientieren werde, und daß es niemals gelingen werde, die Italiener so tief gegen Deutschland zu engagieren, wie Frankreich

Adam Karrillon zum hiebzigsten Geburtstag

Von [Nachdruck verboten.]

Ratsgerichtsrat Hans Otto Becker in Dieburg.

Am 12. Mai begeht Dr. Adam Karrillon einen Tag, der nach der üblichen Auffassung die Schwelle zwischen Mannes- und Greisenalter bedeutet, den hiebzigsten Geburtstag. Aber man will es kaum glauben, daß auch Karrillon den Jahren seinen Tribut zahlen muß, wenn man vor anderthalb Jahren, als in Waldmichelbach, seinem Geburtsort, die Geburtstafel an seinem Elternhaus enthüllt wurde, mit dem Greisenalter zusammen war und seine stolze Gestalt nicht minder, aber seinen funkelnden Blick bewunderte — ein Karrillon kann nicht alt werden, er bleibt ewig jung in seinen Werken, die er uns geschenkt hat. Das rührt aber wohl vor allem daher, daß er als Vollendeter, der nichts mehr zu seiner Entwicklung bedurfte, als fünfziger, in die literarische Welt hinaustrat; da es bei ihm keine Steigerung in seinem Schaffen gab, so gibt es auch keinen Abstieg.

Adam Karrillon erblickte in dem Odenwaldstädtchen Waldmichelbach am 12. Mai 1853 das Licht der Welt. Sein Vater war ein schlichter Dorfkaufmann, der die Mutter gegen den Willen ihres Vaters, eines Großbauern voll bauerlichem Stolz, geheiratet hatte, wie Karrillon uns in seinem Roman „Adams Großvater“ später geschildert hat. Mit Hilfe dieses Großvaters studierte der junge Adam Medizin, und nach einigen Male widerständlichen Wechsel seines Berufsstandes ließ sich der Arzt für lange Zeit in Weinheim a. d. Bergstraße nieder. Dort übte er auch die Landpraxis im Odenwald aus, und gerade auf diesen Gängen und Fahrten im Beruf lernte er das Volk des Gebirges, seine Eigenart, seine Fehler und seine Vorzüge kennen; dabei machte er seine Charakterstudien, dabei sammelte er eine Fülle von Eindrücken und eine Linnenge von Anekdoten, Schürmen und Wägen und Scherzen. Aber lange bewahrte er diesen Schatz tief in seinem Innern, bis er endlich zum Licht gehoben wurde, als der Schriftsteller Karrillon Jahrzehnte nach dem Menschen Karrillon geboren wurde.

Sein erster Roman war der „Michael Hely“, die Geschichte des Tochterkaufs von Waldmichelbach, ein Werk, mit dem Karrillon, wie eingangs gesagt, als ein Fertiger in die literarische Welt trat. Er behandelte den Aufstieg eines Menschen aus den Niederungen der Gesellschaft zur höheren gesellschaftlichen Schicht mit all den tragisch wirkenden Gemüts- und Hinderungen. Interessant war das Geschick des Romans, der zuerst in einem kleinen Weinheimer Verlag erschien, mit dessen Konkurs rettungslos zu verschwinden schien, bis

aus diesem Unglück die entscheidende Wendung in Karrillons Geschick wuchs; der bekannte Verlag G. Grote in Berlin nahm den „Michael Hely“ in seine „Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller“ auf, und so wurde 1894 Karrillon und mit ihm der Odenwald literaturfähig. 1906 folgte ein weiterer Odenwaldroman „Die Mühle von Hülterloh“, deren Schauplatz wieder das Hülterbachtal ist; hierin wird der verzweifelte Kampf der kleinen Mühle gegen die übermächtige Industrie geschildert. Der 1909 erschienene Roman „O Domina mea“, der in der Würzburger Gegend spielt, behandelt das Geschick des Gebildeten, des Arztes, in einer feindseligen umgebenden Umgebung; der bereits angeführte Odenwaldroman „Adams Großvater“ (1918) den Untergang eines stolzen Bauerngeschlechtes durch den degenerierten Sohn eines maßvollen Vaters. Kleine Odenwaldgeschichten enthält das Buch „Bauerndelich“ (1914), und endlich eine Fülle Schürmen, Anekdoten usw. der Band „Am Stammtisch zum faulen Hohl“, der 1922 bei Reuß und Jitta in Konstanz herauskam.

Die Vorwürfe der Romane Karrillons sind in tiefem Sinne alle tragisch. Aber Karrillon ist ein Humorist; wer ihn kennt, weiß das und liebt ihn darum. Und doch ist das Tragische und Humoristische kein Gegensatz, denn der echte Humor ist ja die Kunst, unter Tränen zu lächeln! Und diese Kunst hat Karrillon. Man hat ihn schon mit unseren größten Humoristen, sogar nicht nur den deutschen, sondern auch denen der Weltliteratur verglichen. Aber nicht nur Humor, auch Geist und Witz ist Karrillons Gabe. Er verfügt über eine überlegene, faszinierende Art der Darstellung, sprechend, funkelnden Spirit. Fast jeder Satz, den Karrillon schreibt, enthält Aphorismen, Antithesen, Paradoxe, Vergleiche, Bilder von barockem, oft selbst amüsingem Humor, oder einer alle Grade zwischen Feinheit und Drollheit aufweisenden Komik. Freilich sprechen in diesem geschwollenen Stil alle in seinen Romanen auftretenden Personen, auch die ungebildeten, was vielleicht unnatürlich wirken mag. Aber Karrillons Kunst ist bei allem Realismus seiner Darstellung aber doch eine realistische, sondern eine stilisierte Kunst, er hat sich eben seinen ihm eigenen Ausdruck geschaffen — womit er aber ja nicht etwa als Expreßionist gekennzeichnet werden soll.

Nur seinen genannten Romanen veröffentlichte Karrillon noch einige Reiseverle, die auch alle Vorzüge seines glänzenden, geist- und humorvollen Stils anzuweisen: „Eine moderne Kreuzfahrt“, 1897 bei Ackermann in Weinheim; „Am Rande unserer Arenten“ und „Zwei Symphonien und ein Halber“, beide bei Grote in neuerer Zeit, die seine Fortschritt nach Kamerun und nach Ostafrika, die er als Schiffarzt gemacht hat, uns schildern. (Er hat im „Berliner Tageblatt“ 1921 (Nr. 315) eine feinsinnige Studie über die „Rückkehr zur Natur“ veröffentlicht.)

Heute lebt Karrillon in Wiesbaden, nachdem er während des Krieges 1917 Weinheim verlassen und in Witten an der Ruhr

tätig gewesen war. Er ist einer unserer Großen, von dem wir in der Zeit der heillosen Not Erhebung haben, denn sein Humor mag uns über so viel Schweres hinweghelfen. Freilich wird die wirtschaftliche Not der Gegenwart es wohl länger immer schwerer machen, das wertvolle Buch von einem Verlag herauszubringen und von Gebildeten gekauft werden können, und es wäre darum ein Jammer, wenn gerade von Karrillon wir in Zukunft weniger Bücher in die Hand bekämen. Doch hat der Dichter Gaben für uns bereitet! Hoffen wir, daß wir sie auch noch erhalten können!

XX Zensur auf Umwegen. Wie uns berichtet wird, hat der heftige Vandal ein Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, nach dem die Verwaltungskommission des Landestheaters in Darmstadt durch je einen Vertreter der Landtagsfraktion verhärtet werden soll. Dieser Beschluß richtet sich gegen den Generalintendanten Gustaf Hartung, der schon seit geraumer Zeit das Objekt von Angriffen in einem Teil der dortigen Presse gewesen ist. Der Gedanke, einer Verwaltungskommission Vertreter politischer Gruppen zuzugleichen, bedeutet im Kern nichts anderes, als daß die von der Reichsregierung und den Verfassungen der Länder abgehoffene Zensur sich von rückwärts wieder einschleicht. Sie bedeutet das unerträgliche Einvernehmen Unbehilflichkeit in Dinge der Kunst und wird den gewünschten Erfolg höchstens infolgedessen haben, als dem Generalintendanten das Verbleiben auf seinem Posten unmöglich gemacht wird. Demgegenüber muß ausgelegt werden, daß Herr Hartung sich und der Darmstädter Bühne, die nun unter Äußerer gestellt werden soll, einen Ruf geschaffen hat, den das ganze Deutschland offenbar besser zu würdigen weiß, als die Hessen. Wenn Hartung aus Darmstadt hinausparlamentarisiert wird, hat er selbst nur zu gewinnen; der Verlust wird bei Darmstadt sein.

XX Deutsche Musik in Sowjetrußland. Gustaf Trecher, der in Moskau mit großem Erfolg eine Reihe von Konzerten dirigiert, unter anderem auch die Alphenhymne von Richard Strauß am erstenmal in Russland zur Aufführung brachte, wurde zum Mitglied von Orchester der Moskauer Staatsoper eine deutsch abgefaßte Adresse überreicht — eine Ehrgung, welche bisher nur Arthur Nikisch erweisen wurde — in welcher es heißt: „Im Namen des fünfzehnten Orchesters des Akademischen großen Staatstheaters in Moskau erlauben wir uns, Ihnen unsere tiefste Verehrung auszudrücken. Wärend unserer gemeinsamen Arbeit am Programm der drei fünfzehnten Konzerte haben wir intensiv empfunden Ihr feines Kunstgefühl, Ihre hohe Intelligenz und den allgemeinen Zauber Ihrer Persönlichkeit. Selten hat das Orchester mit solcher Eintracht gearbeitet, da uns die Arbeit selber unter Ihrer Leitung zur wahren Freude wurde. Die Proben verliefen wie Minuten, und leicht fiel uns das Ueberwinden der Schwierigkeiten der für uns neuen Partitur (Alphenhymne) ...“

Die bayerische Ausnahmeverordnung.

Einige bedenkliche Bestimmungen.

Die bayerische Ausnahmeverordnung, die wir heute früh veröffentlicht haben, ist geeignet, das größte Aufsehen in allen politischen Kreisen hervorzurufen. Bekanntlich steht nach der Reichsverfassung das Recht zu außerordentlichen Maßnahmen zwecks Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dem Reichspräsidenten zu, und nur bei Gefahr im Verzug, also wenn das Eingreifen des Reichspräsidenten nicht schnell genug erfolgen kann, darf auch die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen treffen. Auch diese sind auf Verlangen des Reichspräsidenten und des Reichstags sofort außer Kraft zu setzen. Sind nun im vorliegenden Fall die Voraussetzungen für eine besondere bayerische Ausnahmeverordnung gegeben? Soweit wir unterrichtet sind, haben zwischen dem Reich und Bayern seit mehreren Wochen Verhandlungen über eine zu erlassende Ausnahmeverordnung des Reiches geschwebt. Der Reichspräsident hat durch eine Ausnahmeverordnung jede Spionage zu Gunsten der Eingriffsrechte unter schwere Zuchthausstrafen gestellt. Diese Verordnung ist eine Ergänzung fähig, eine solche dürfte auch in der nächsten Zeit von der Reichsregierung vorgenommen werden. Nach der bayerischen Ausnahmeverordnung wird jedes „vorläufige Verbrechen“ mit lebenslangem Zuchthaus bestraft — eine kaufmännische Bestimmung. Vor allem aber ist es unser Erachtens ein unumgänglicher Zustand, daß in dem schweren Abwehrkampf der deutschen Republik an Klein und Ruhr für Verbrechen dieser Art ein verhängnisvolles Strafmaß gilt, daß im bayerischen Eingriffsgebiet bestraft wird, was im preussischen, hessischen, oldenburgischen Gebiet erlaubt ist. Viel schlimmer aber ist der übrige Inhalt der Verordnung. Zweifellos haben die nationalsozialistischen Ausschreitungen, wie wir aus München und anderen Orten Bayerns gemeldet werden, seit langem ein Eingreifen der Regierung notwendig gemacht. Die Verordnung knüpft aber nicht nur Verurteilungen und Aufsätze, Plakate, Flugblätter und Flugdrucken an behördliche Erlaubnis, sondern enthält darüber hinaus eine Beschränkung der Pressefreiheit, die jede Kritik an politischen Maßnahmen unmöglich macht. So soll jeder mit Gefährdung bestraft werden, wer unwahre Behauptungen verbreitet, die geeignet sind, die Staatseinkünfte oder obrigkeitliche Anordnungen zu verächtlich zu machen, oder zur Widerständigkeit aufzureizen, wenn er in Kenntnis der verlässlichen Unkenntnis der Unwahrheit handelt. Das sind Begriffe von solcher Unbestimmtheit und Dehnbarkeit, daß damit der Willkür Tür und Tor geöffnet ist. Aus dem gleichen Grunde können Tageszeitungen auf vier Wochen, andere periodische Druckschriften auf sechs Wochen verboten werden. Besonders bedenklich ist, daß die Beurteilung sämtlicher in dieser Verordnung feilgelegten Danks dem Volksgericht übertragen wird. Das ist auch verfassungswidrig. Die Volksgerichte sind, das geben auch ihre Verordnungen zu verfassungsgemäß nur soweit, wie ihre Zuständigkeit vor dem Erlaß der Verfassung begrenzt war. Eine Erweiterung über diese Zuständigkeit hinaus verstößt zweifellos gegen die Verfassung. Abzuwarten bleibt noch, in welcher Richtung die Verordnung angewendet werden wird. Bezeichnend ist, daß die Verordnung selbst von dem Treiben der Kommunisten ausgeht und dann nur sehr andeutungsweise von den Rechtsradikalen spricht, ohne die Nationalsozialisten überhaupt nur zu erwähnen, obwohl doch feststeht, daß die Erschütterung der bayerischen Staatsautorität durch die Nationalsozialisten verschuldet ist.

Rücktritt des Polizeipräsidenten Noerz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
 □ München, 11. Mai.
 Der Münchener Polizeipräsident Noerz ist gemäß Ministerratsbeschluss heute zurückgetreten und hat sich bereits in der Polizeidirektion von seinem Amte verabschiedet. Der Rücktritt des Herrn Noerz war nach der Gegenüberlegung der Vereinigten Vaterländischen Verbände, die dem amtlichen Dementi gegenüber ihren

„Der Faun“ von Edw. Knoblauch.

Kammerspiele.
 F. E. Die Sommerpielzeit mit Freilichtbühnen wurde in der Kammermusik eröffnet. Direction Emanuel Adler, Spielleiter Hubert J. Es war ein glänzender Erfolg und auch wirklich ein hübscher Abend.
 Das Stück heißt „Der Faun“. Der Verfasser Edward Knoblauch aus England. Wir kennen ihn schon, wir haben sein „Kismet“ gesehen. Damals reiste er in Taubendünne Nacht herum, diesmal in Shalpeare. Er sagt es selbst, beiseite und vorzüglich. Daß er sich den Mühen auch behaglich an Ostar Wille wagt, sagt er nicht. Shalpeare's großen Zauber, den des Sommerstraßenspiels und den des Schloß- und Wäldes Gesellschaftsartes verkörpert er sehr geschickt zu einer netten Abendunterhaltung mit Moral. Diese Moral ist in der heutigen Abendwelt ebenso beliebt wie die entsprechende Immoral in der Schieberwelt. Sie lautet: „Säng' dein Herzgen nicht an's Geld!“
 Man sieht also die gepulte, in Heuscheln, Proteerei, Müßiggängerei, Sozialtheorie verdrückte Society. Man sieht die Immoral dieser Schicht — und da plakt mit die Natur hinein. Ein Faun, ein richtiger Zottelkann, ein Hund-Waldschatz, trifft einen Gent dabei, wie er sich wegen Schulden totschlägt. Der Faun will ihn retten; scheinbar nur, um ihn wieder reich zu machen. Er gibt ihm sichere Tipps, und Lord Stonbury gewinnt alle Mannweute. Aber wo bliebe denn die Moral? Der Faun, in den Zimmerfraß gewandelt, was recht komisch ist, wendet ein Veredelungsverfahren an. Er macht den Lord, er macht auch die anderen zu braven Leuten, die die Schlangenhaut der falschen Kultur abstreifen und wieder ihren natürlichen Empfindungen gehorchen. Das ist in Wirklichkeit schwer — einem munteren Kondensmilchschreiber gelingt's in zwei Stunden.
 Das Stück wird sauber aufgeführt. Ludwig Körner, Schweifart, Lunberg, Leonie Duval, Renée Ebrauna und Grete Moshelm finden den rechten Ton. Ein befriedigender Reiz geht von Paul Gensfelds aus. Er gibt den Faun, den Elementargeist, finnreichlich, mit forperlichem Witz und mit einem Humor, der die heftige Heße flüssig macht.

Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons.
 Der demokratische Beamtenrat hat am letzten Sonntag in Berlin einstimmig eine Entlassung angenommen, in der die Amnestierung der Eisenbahner, die am Streik im Februar 1922 teilgenommen haben, verlangt wird. Zahlreiche Eisenbahnbeamte hatten heute noch des endgültigen Disziplinarurteils, und von einer Amnestierung Disziplinierter hat man bisher noch nichts gehört. Diese Verschleppung ist nicht nur eine Härte für die Angeklagten, sie ist auch dem Ansehen des Staates nicht gerade förderlich. Zudem sind die wirklich Schuldigen, die Aktivist des Streiks, bereits verurteilt, und es kommen jetzt wohl nur noch Mitläufer in Frage. Endlich ist inzwischen der Ruhrbruch der Franzosen erfolgt, und die deutschen Eisenbahner, die in der Durchführung der passiven Resistenz neben den Bergarbeitern an erster Stelle stehen, haben allen schweren Unbilden, allen persönlichen Gefährdungen und grautamen Verloibungen zum Trotz in ihrer Gesamtheit durch die Rat ein so glänzendes Zeugnis der Treue zum Vaterlande und der Unterordnung unter ihre Pflicht abgelegt, daß es ein Gebot der Billigkeit ist, unter das im vorigen Jahre Gezeichnete einen Strich zu machen.
 Die demokratische Reichstagsfraktion, die während des Streiks und nachher ihre grundsätzliche ablehnende Haltung gegenüber dem Verbehreistreib fundgegeben hatte, beantragte im Februar 1923 eine weitgehende Amnestie gegenüber den wegen des Streiks bestraften Beamten und Einstellung der noch schwebenden Disziplinarverfahren. Dieser Antrag wurde im Rechtsausschuß, wohin ihn der Reichstag überwies, durch einen anderen Antrag ersetzt, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß auch in dem aus dem nämlichen Anlaß (Streik) eingeleiteten Disziplinarverfahren auf tatsächliche Milder und auf weitestgehende Ausübung des Begnadigungsrechtes hingewirkt wird. Diese Erwartung erfüllte sich aber nicht, und bei der Beratung des Eisenbahners am 14. April richtete infolgedessen der demokratische Abgeordnete Schuldt an den Minister Groener den Appell, baldig einen Strich unter die Verkommnisse zu machen. Der Minister erwiderte hierauf nichts. Inzwischen hat auch der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons als Präsident des Reichsdisziplinarhofes dem Verlehrsminister in einem vom 13. Februar 1923 datierten Schreiben den Erlass einer Amnestie dringend nahegelegt. Das Schreiben beginnt mit dem bezeichnenden Satze:
 „Die Mitglieder des Disziplinarhofes können sich des Einbruchs nicht erwehren, daß in der heutigen Zeit, wo die Beamten und Angestellten der Reichseisenbahn in hartem Kampf gegen die feindliche Ruhrbesetzung stehen und von ihrer schon vielfach bewährten Treue und Zuverlässigkeit der Erfolg des deutschen Widerstandes wesentlich abhängt, die Häufung disziplinarer Strafen wegen des Streikes vom Februar 1922 nur politisch ungünstig wirken kann.“
 Das Schreiben wandte sich dann gegen eine Vertagung der Streikfälle bis auf spätere Zeit, kündigt aber die Ablegung der nächsten Termine an, in der bestimmten Erwartung des Eintrittes einer beschleunigten Begnadigung. Als dann der Rechtsausschuß seine zurückhaltende Entscheidung annahm, hat Dr. Simons nunmehr die Termine für sämtliche laufende Streikfälle ansetzen lassen. Wir stimmen dem „demokratischen Zeitungsdiener“ zu, der diesen Verlauf der Dinge aufs äußerste bedauert. Wenn der oberste Richter des Deutschen Reiches statt der Ausübung des formalen Rechtes in diesem Falle die Begnadigung empfiehlt, so liegt doch wohl auch für den obersten Chef der Eisenbahnverwaltung aller Anlaß vor, in Übereinstimmung nicht nur mit den Wünschen der Beamtenchaft, sondern auch der gesamten öffentlichen Meinung den Gnadenrequisiten eintreten zu lassen.

Eisenbahner und Arbeiterorganisationen.

Die Werbetrommel der sozialdemokratischen Beamten.
 Wie uns aus Eisenbahnerkreisen mitgeteilt wird, reizen zumeist Vertreter der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner in Berlin und im Reich herum, um die Eisenbahnbeamten für einen Organisationsvertrag zu gewinnen, der zwischen dem (sozialdemokratisch gerichteten) Allgemeinen deutschen Beamtenbund einerseits und den beiden ebenfalls sozialdemokratisch eingestellten Afa-Bund (der Angestellten) und dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund geschlossen worden ist. Satzung und Programm des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes enthalten den Grundged der parteipolitischen Neutralität. Trotzdem erklärt der Organisationsvertrag, daß sich die drei vertragsschließenden Epigenorganisationen auf den Boden der Antiradikaler Gewerkschaftsinternationale stellen. Sie behaupten, auch diese Internationale sei parteipolitisch neutral. Ferner enthält der Vertrag Wendungen, die eine Auslieferung der in der Minderheit sich befindlichen Beamtenchaft an die starke Mehrheit der Angestellten- und Arbeiterorganisationen bekräftigen läßt. Auch die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner soll nach ihren Satzungen parteipolitisch neutral sein, hat sich aber dem Vorgehen des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes, dem sie als Unterorganisation angehört, angeschlossen. Welche Kreise in der Reichsgewerkschaft organisiert Eisenbahnbeamtenchaft hegen hiergegen ernste Bedenken, die in eine Artikel der Zeitschrift „Der Deutsche Eisenbahn-Jahresbeamt“ zum Ausdruck kommt. Zusammenfassend erklärt der Artikel: „Der Organisationsvertrag ist für uns als Beamte und parteipolitisch neutrale Beamte nicht annehmbar. Daher fort mit diesen auf die Verwirklichung bestimmter politischer Ziele hinwirkender vertraglicher Bindungen mit den Epigenorganisationen der Angestellten und Arbeiter.“ Tagegen regt der Hauptvorstand der Fachgewerkschaft II, von dem diese Auseinandersetzung mit der Reichsgewerkschaft ausgeht, eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten in gemeinsamen wirtschaftlichen Fragen mit den Angestellten- und Arbeiterverbänden an.

* In Haushaltsausblick des Reichstags sprachen heute Ministerdirektor von Schlieben und Oberregierungsrat Dr. Schölk über die **Besoldungsfrage**. Ersterer wies darauf hin, daß die Reichsregierung sich entschlossen habe, eine Umwandlung der Grundgehälter der Beamten und Staatsarbeiter vorzunehmen, die am 1. Juli in Kraft treten soll. Im sozialpolitischen Ausblick teilte die Regierung mit, daß sie eine **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze** um etwa 33 Prozent in Aussicht nehme.
 * Der frühere badische Staatspräsident Hummel wird auf Einladung der Spag am 5. Juli eine Reise nach Nordamerika antreten und mit dem Dampfer „Albert Walim“ dorthin reisen.
 * Als letzte Jahlung der **Sammlung der Deutschen in Südafrika** anzukunten der Ruhrarbeiter sind dem Hamburger Bankgeschäft Hermann & Hauswedel 200 Pfd. St. zugegangen, so daß sich die Gesamtzahlungen aus Südafrika nunmehr auf 240 Pfd. St. belaufen.

erfolgten Aufruf zur Rotpolizei feststellte, unermüdlich geworden. Als Nachfolger Führers und im erfreulichen Gegensatz zu ihm hat sich Herr Noerz um eine Entpolitisierung der Polizei und gleichmäßige Handhabung der Gesetze gegen alle Gesetzesverächter ernstlich bemüht. Das diese Bemühungen nur zum Teil Erfolg hatten, lag an den innerbayerischen Verhältnissen und an persönlichen Zusammenhängen, denen der gerade Sinn des Herrn Noerz nicht gewachsen war.

Bayerische Stimmen.

Weitere Aktionen in Vorbereitung?
 (Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ München, 11. Mai.
 Zu dem bayerischen Verordnungserlaß schreibt die „Münchener Post“: „Die bayerische Regierung hat die durch den Feiertag entstandene Landtagspause dazu benutzt, ohne Verständigung des Parlaments durch eine Verordnung für das gesamte bayerische Gebiet, also einschließlich der Pfalz, den Ausnahmezustand zu verhängen. Besonders bemerkenswert hierbei ist, daß in dem Aufruf jene politischen Vereinigungen und Zirkel nicht genannt sind, die ausschließlich den Anlaß zu dieser Maßnahme gegeben haben, während die in Bayern völlig bedeutungslosen Kommunisten als Schreckgespenst gehalten müssen. Bemerkenswert ist weiter, daß die bayerische Verordnung in ihrer Wirkung auf die staatsbürgerlichen Rechte weit über das viel gelästerte Publikumsrecht hinausgeht. Bemerkenswert ist außerdem, daß diesmal im Gegensatz zum feierseitigen Ruhr-Bohnenreich Ausnahmezustand auch die Rheinpfalz miteinbezogen wird. Das außerordentliche Vorgehen der Regierung läßt nur den einen Schluss zu, daß große Aktionen in Vorbereitung sein müssen, die im Regierungsansatz schamhaft verschwiegen werden.“ Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt: „Die Regierung hat nur die notwendigen Folgerungen aus den satfam bekannten Vorgängen gezogen. Bei der Möglichkeit der Auflösung von Vereinigungen ist nicht an die Auflösung politischer Parteien gedacht.“

Friedrich Adler v. Braun †.

Am 61. Lebensjahre ist der Präsident des Reichswirtschaftsrates, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Friedrich Adler v. Braun plötzlich verstorben. Braun gehörte in den politischen Fragen zum gemäßigten Flügel der deutschnationalen Volkspartei, war dagegen ein entschlossener Vorkämpfer der landwirtschaftlichen Interessenten. Im Reichstagsrat er nur selten öffentlich hervor, dagegen konzentrierte sich seine ganze Tätigkeit auf Verammlungsreden in den verschiedenen Städten des Reiches und auf die Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Berufsfragen. Ein Gegner der Erfüllungspolitik, war er einer der hartnäckigsten Widersacher des früheren Reichszanzlers Dr. Wirth. Menschlich war er eine sympathische Erscheinung, die in allen Parteien großes Ansehen genoss. Er war ein absolut sachlich gerichteter Mensch, der es vermied, in wider Demagogie die politischen Feindschaften noch mehr zu entfachen. Seine ganze Aufmerksamkeit richtete er auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, da er darin, mit Recht, die erste Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands sah.
 Braun entkamme der bayerischen Verfassung. Er war der Sohn des späteren Senatspräsidenten am Münchener Landgericht Theodor v. Braun, studierte die Rechts- und Staatswissenschaften, wurde zuerst bei der Augsburger Kreisregierung beschäftigt und kam von hier 1910 als Oberregierungsrat in das bayerische Ministerium des Innern. Nach Kriegsausbruch lag ihm insbesondere die Regelung der Lebensmittelversorgung ob. Als man das Kriegsernährungsamt in Berlin errichtete, wurde er in das Direktorium berufen und im August 1917 neben dem Sozialdemokraten Dr. August Müller Unterstaatssekretär dieses Amtes. Im Juni 1920 wurde er in den Reichstag gewählt und wurde als geschäftsführendes Mitglied im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft auch in den Reichswirtschaftsrat gewählt. Hier wurde er neben einem Vertreter der Arbeitnehmer zum Präsidenten dieser Körperschaft gewählt.

Der heutige Profeststreik.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ Im Ruhrgebiet, 11. Mai.
 Der Profeststreik der Kruppischen Arbeiter und der Groß-Essener Arbeiter sowie der Geschäftswelt ist in vollem Gange. Um 11 Uhr schlossen die Schulen, etwas später begannen die Geschäfte und die Banken zu schließen. Genau um 11 Uhr erfolgten Sirensignale, und die Arbeiterchaft ergoß sich in einem ungeheuren Strom durch die Alttendorfer Straße in vollkommener Ruhe nach ihren Wohnstätten. Um 4 Uhr wird die Arbeit wieder aufgenommen.
 Der Streikbeschluss der Arbeiterchaft von Groß-Essen hat ohne Zweifel beruhigend auf die Geschäfte gewirkt. Die Stimmung am Mittwoch war so, daß ein Ventil gefunden werden mußte. Verschieden hat noch gewirkt, daß der verurteilte Müller, der sich bei den Kruppischen Arbeitern größter Achtung und Beliebtheit erfreut, nicht nur verurteilt worden ist, sondern nach der Verteilung ins Zuchthaus zu Werben gebracht wurde. Es ist zu hoffen, daß diese Maßnahme nur vorübergehend ist. Bei den christlichen Gewerkschaften ist man empört über den Vorfall in der Rede des Anklägers, in dem er Stellung nahm zu der Feststellung des Herrn v. Bohlen, daß die Person, die zweimal zwischen 9 und 11 Uhr nach ihm fragte, der Chef der Personalabteilung der Firma war, der den Auftrag hatte, eine Unterredung mit dem von Essen anwesenden Delegaten des Papstes Zesla durch den Prälaten Stadtpfarrer Guckriden herbeizuführen. Der Staatsanwalt sagte ironisch: „Wenn diese Erklärung stimmt, so habe Herr v. Bohlen sich vielleicht die Abjurierung für das, was er vorhatte, durch Zesla holen lassen.“
 Frau Berta Arupp von Bohlen hat sich zum Besuch ihres Gatten nach Düsseldorf begeben. Gestern und heute liefen auf dem Fingel Hunderte von Telegrammen in dem Ausdruck herzlichsten Mitempfindens sowie flammendster Entrüstung über das unmensliche Urteil ein.

Eine neue Gleispregung.

Verhaftung von Geiseln.
 □ Aus dem Ruhrgebiet, 11. Mai.
 Auf der militarisierten Eisenbahnlinie Wedau-Dattorf, nicht weit von dem großen Verstehebahnhofe Wedau erfolgte in der vorvergangenen Nacht eine Gleispregung. Da die Gefahr weiterer Explosionen bestand, wurden die französischen Wachen zurüdgezogen. Der Bürgermeister von Angermünde in dessen Amtsbereich der Anschlag erfolgte, sowie eine andere Persönlichkeit wurden als Geiseln festgenommen.

Für die Amnestierung der Eisenbahner.

Ein Schreiben des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons.

Der demokratische Beamtenrat hat am letzten Sonntag in Berlin einstimmig eine Entlassung angenommen, in der die Amnestierung der Eisenbahner, die am Streik im Februar 1922 teilgenommen haben, verlangt wird. Zahlreiche Eisenbahnbeamte hatten heute noch des endgültigen Disziplinarurteils, und von einer Amnestierung Disziplinierter hat man bisher noch nichts gehört. Diese Verschleppung ist nicht nur eine Härte für die Angeklagten, sie ist auch dem Ansehen des Staates nicht gerade förderlich. Zudem sind die wirklich Schuldigen, die Aktivist des Streiks, bereits verurteilt, und es kommen jetzt wohl nur noch Mitläufer in Frage. Endlich ist inzwischen der Ruhrbruch der Franzosen erfolgt, und die deutschen Eisenbahner, die in der Durchführung der passiven Resistenz neben den Bergarbeitern an erster Stelle stehen, haben allen schweren Unbilden, allen persönlichen Gefährdungen und grautamen Verloibungen zum Trotz in ihrer Gesamtheit durch die Rat ein so glänzendes Zeugnis der Treue zum Vaterlande und der Unterordnung unter ihre Pflicht abgelegt, daß es ein Gebot der Billigkeit ist, unter das im vorigen Jahre Gezeichnete einen Strich zu machen.

Die demokratische Reichstagsfraktion, die während des Streiks und nachher ihre grundsätzliche ablehnende Haltung gegenüber dem Verbehreistreib fundgegeben hatte, beantragte im Februar 1923 eine weitgehende Amnestie gegenüber den wegen des Streiks bestraften Beamten und Einstellung der noch schwebenden Disziplinarverfahren. Dieser Antrag wurde im Rechtsausschuß, wohin ihn der Reichstag überwies, durch einen anderen Antrag ersetzt, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß auch in dem aus dem nämlichen Anlaß (Streik) eingeleiteten Disziplinarverfahren auf tatsächliche Milder und auf weitestgehende Ausübung des Begnadigungsrechtes hingewirkt wird. Diese Erwartung erfüllte sich aber nicht, und bei der Beratung des Eisenbahners am 14. April richtete infolgedessen der demokratische Abgeordnete Schuldt an den Minister Groener den Appell, baldig einen Strich unter die Verkommnisse zu machen. Der Minister erwiderte hierauf nichts. Inzwischen hat auch der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons als Präsident des Reichsdisziplinarhofes dem Verlehrsminister in einem vom 13. Februar 1923 datierten Schreiben den Erlass einer Amnestie dringend nahegelegt. Das Schreiben beginnt mit dem bezeichnenden Satze:
 „Die Mitglieder des Disziplinarhofes können sich des Einbruchs nicht erwehren, daß in der heutigen Zeit, wo die Beamten und Angestellten der Reichseisenbahn in hartem Kampf gegen die feindliche Ruhrbesetzung stehen und von ihrer schon vielfach bewährten Treue und Zuverlässigkeit der Erfolg des deutschen Widerstandes wesentlich abhängt, die Häufung disziplinarer Strafen wegen des Streikes vom Februar 1922 nur politisch ungünstig wirken kann.“

Das Schreiben wandte sich dann gegen eine Vertagung der Streikfälle bis auf spätere Zeit, kündigt aber die Ablegung der nächsten Termine an, in der bestimmten Erwartung des Eintrittes einer beschleunigten Begnadigung. Als dann der Rechtsausschuß seine zurückhaltende Entscheidung annahm, hat Dr. Simons nunmehr die Termine für sämtliche laufende Streikfälle ansetzen lassen. Wir stimmen dem „demokratischen Zeitungsdiener“ zu, der diesen Verlauf der Dinge aufs äußerste bedauert. Wenn der oberste Richter des Deutschen Reiches statt der Ausübung des formalen Rechtes in diesem Falle die Begnadigung empfiehlt, so liegt doch wohl auch für den obersten Chef der Eisenbahnverwaltung aller Anlaß vor, in Übereinstimmung nicht nur mit den Wünschen der Beamtenchaft, sondern auch der gesamten öffentlichen Meinung den Gnadenrequisiten eintreten zu lassen.

Eisenbahner und Arbeiterorganisationen.

Die Werbetrommel der sozialdemokratischen Beamten.

Wie uns aus Eisenbahnerkreisen mitgeteilt wird, reizen zumeist Vertreter der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner in Berlin und im Reich herum, um die Eisenbahnbeamten für einen Organisationsvertrag zu gewinnen, der zwischen dem (sozialdemokratisch gerichteten) Allgemeinen deutschen Beamtenbund einerseits und den beiden ebenfalls sozialdemokratisch eingestellten Afa-Bund (der Angestellten) und dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund geschlossen worden ist. Satzung und Programm des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes enthalten den Grundged der parteipolitischen Neutralität. Trotzdem erklärt der Organisationsvertrag, daß sich die drei vertragsschließenden Epigenorganisationen auf den Boden der Antiradikaler Gewerkschaftsinternationale stellen. Sie behaupten, auch diese Internationale sei parteipolitisch neutral. Ferner enthält der Vertrag Wendungen, die eine Auslieferung der in der Minderheit sich befindlichen Beamtenchaft an die starke Mehrheit der Angestellten- und Arbeiterorganisationen bekräftigen läßt. Auch die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner soll nach ihren Satzungen parteipolitisch neutral sein, hat sich aber dem Vorgehen des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes, dem sie als Unterorganisation angehört, angeschlossen. Welche Kreise in der Reichsgewerkschaft organisiert Eisenbahnbeamtenchaft hegen hiergegen ernste Bedenken, die in eine Artikel der Zeitschrift „Der Deutsche Eisenbahn-Jahresbeamt“ zum Ausdruck kommt. Zusammenfassend erklärt der Artikel: „Der Organisationsvertrag ist für uns als Beamte und parteipolitisch neutrale Beamte nicht annehmbar. Daher fort mit diesen auf die Verwirklichung bestimmter politischer Ziele hinwirkender vertraglicher Bindungen mit den Epigenorganisationen der Angestellten und Arbeiter.“ Tagegen regt der Hauptvorstand der Fachgewerkschaft II, von dem diese Auseinandersetzung mit der Reichsgewerkschaft ausgeht, eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten in gemeinsamen wirtschaftlichen Fragen mit den Angestellten- und Arbeiterverbänden an.

* In Haushaltsausblick des Reichstags sprachen heute Ministerdirektor von Schlieben und Oberregierungsrat Dr. Schölk über die **Besoldungsfrage**. Ersterer wies darauf hin, daß die Reichsregierung sich entschlossen habe, eine Umwandlung der Grundgehälter der Beamten und Staatsarbeiter vorzunehmen, die am 1. Juli in Kraft treten soll. Im sozialpolitischen Ausblick teilte die Regierung mit, daß sie eine **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze** um etwa 33 Prozent in Aussicht nehme.
 * Der frühere badische Staatspräsident Hummel wird auf Einladung der Spag am 5. Juli eine Reise nach Nordamerika antreten und mit dem Dampfer „Albert Walim“ dorthin reisen.
 * Als letzte Jahlung der **Sammlung der Deutschen in Südafrika** anzukunten der Ruhrarbeiter sind dem Hamburger Bankgeschäft Hermann & Hauswedel 200 Pfd. St. zugegangen, so daß sich die Gesamtzahlungen aus Südafrika nunmehr auf 240 Pfd. St. belaufen.

